

Vorwahlen der Republikaner

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 9. bis 15. Januar

(kl) Nach der ersten Abstimmung in Iowa wurden die Vorwahlen für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten am 10. Januar im Bundesstaat New Hampshire fortgesetzt. Als Sieger ging dabei der ehemalige Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney hervor, der schon 2008 versucht hatte die republikanische Nominierung für den Präsidentschaftskandidaten zu ergattern. Er gewann mit 39,3% vor Ron Paul (22,9%) und Jon Huntsman (16,9%). Letzterer gab am Sonntag, dem 15. Januar, seinen Rücktritt von der Kandidatur bekannt. Huntsman war mehrmals aufgrund seiner Arbeit als amerikanischer Botschafter in China unter Obama kritisiert worden. Er erklärte, dass er ab jetzt Romney in seiner Kandidatur unterstützen wolle. Der 64-jährige Romney gilt im Moment als vielversprechendster republikanischer Kandidat. Er schnitt besonders gut bei eher wohlhabenderen Wählern ab und bei solchen, die die Wirtschaft als wichtigstes Wahlkampfthema sehen. Die nächsten Vorwahlen finden am kommenden Samstag, den 21. Januar, in South Carolina statt.

Unterdessen sprach sich die Obama-Administration gegen Teile von Gesetzesentwürfen aus, die laut Kritikern die Redefreiheit im Internet stark einschränken würde. Der Stop Online Piracy Act (SOPA) und der Protect Intellectual Property Act (PIPA), welche gerade den Kongress durchlaufen, sollen die Möglichkeiten verbessern ausländische Webseiten strafrechtlich zu verfolgen, welche beispielsweise gestohlene Filme anbieten und die Urheberrechte verletzen. Dies würde dazu führen, dass der Zugang zu diesen Seiten blockiert würde und somit ein erster Schritt in Richtung Internetzensur von US-amerikanischer Seite getan würde, so die Kritiker. Die Gesetzesentwürfe würden gegebenenfalls Bedrohungen für die Internetsicherheit erhöhen. Die Lobby der Filmindustrie, besonders die Motion Picture Association of America, lehnte diese Kritik ab. Täglich würden US-amerikanische Jobs durch diese Praktiken gefährdet werden. Über SOPA und PIPA sollte Ende des Monats abgestimmt werden. Nach der Kritik des Weißen Hauses ist es jedoch wahrscheinlich, dass sie noch einmal abgeändert werden.

Quellen:

latimes.com

newyorktimes.com

washingtonpost.com